

Meinungen

Kommentar

Die CS ist eine Übernahmekandidatin

Nach den erneuten Milliardenverlusten hat die zweitgrösste Schweizer Bank kaum mehr Chancen, selbstständig in die Zukunft zu schreiten.

Bei der Credit Suisse gibt es eigentlich nur eine Konstante: Sie schafft es immer wieder, eine Überraschung zu produzieren. In den allermeisten Fällen eine negative, so auch gestern. Obwohl die Bank vor gut zwei Wochen bereits eine Gewinnwarnung publiziert hatte, tauchte der Kurs gestern gleich wieder um mehr als 6 Prozent. In fast allen Geschäftsbereichen verlor die CS Umsatz und wegen hoher Abschreibungen auch Geld. Das wusste man bereits. Der Grund, warum das Resultat noch schlechter ankommt als gedacht, sind die fehlenden Aussichten auf Besserung.

Da sind einmal die Rechtsfälle. Zurzeit geht es um das nicht ausgestandene Debakel rund um die Greensill-Fonds. Für rund 10 Milliarden Franken verkaufte die CS ihren Kunden angeblich sichere und teuer versicherte Kredite, bis vor einem Jahr die Greensill-Blase platzte und die Bank die Fonds schliessen musste. Zwei Drittel des Geldes kam seither zurück, aber um den Rest wird wohl gestritten werden. Den Untersuchungsbericht zum Fall Greensill will die CS nun plötzlich nicht mehr veröffentlichen, wohl weil dieser so verheerend ausgefallen ist, dass die Bank damit rechnen muss, bei den

Mit einer schnellen Wende zum Besseren rechnet nicht einmal mehr der Konzernchef.

anstehenden Klagen der Gegenseite Munition zu liefern.

Verheerend ist, dass auf der Gegenseite sehr reiche CS-Kunden sind. Genau die Klientel, mit der die Bank ihr Geld verdienen will. Doch die will nach all den Skandalen nicht mehr so recht mitmachen. Jedenfalls gingen die Erträge im internationalen Vermögensverwaltungsgeschäft deutlich zurück. Vor allem die Asiaten wollen keine teuren Kredite mehr aufnehmen, um damit an der Börse zu spekulieren.

Den schlechten Geschäftsgang bekommen die Mitarbeiter zu

spüren. So will die CS die Boni auf Geheiss der Finanzmarktaufsicht um fast ein Drittel kürzen. Eigentlich logisch. Weil aber alle anderen Banken Rekordboni ausschütten, wird das zu einem Exodus der besten Leute führen.

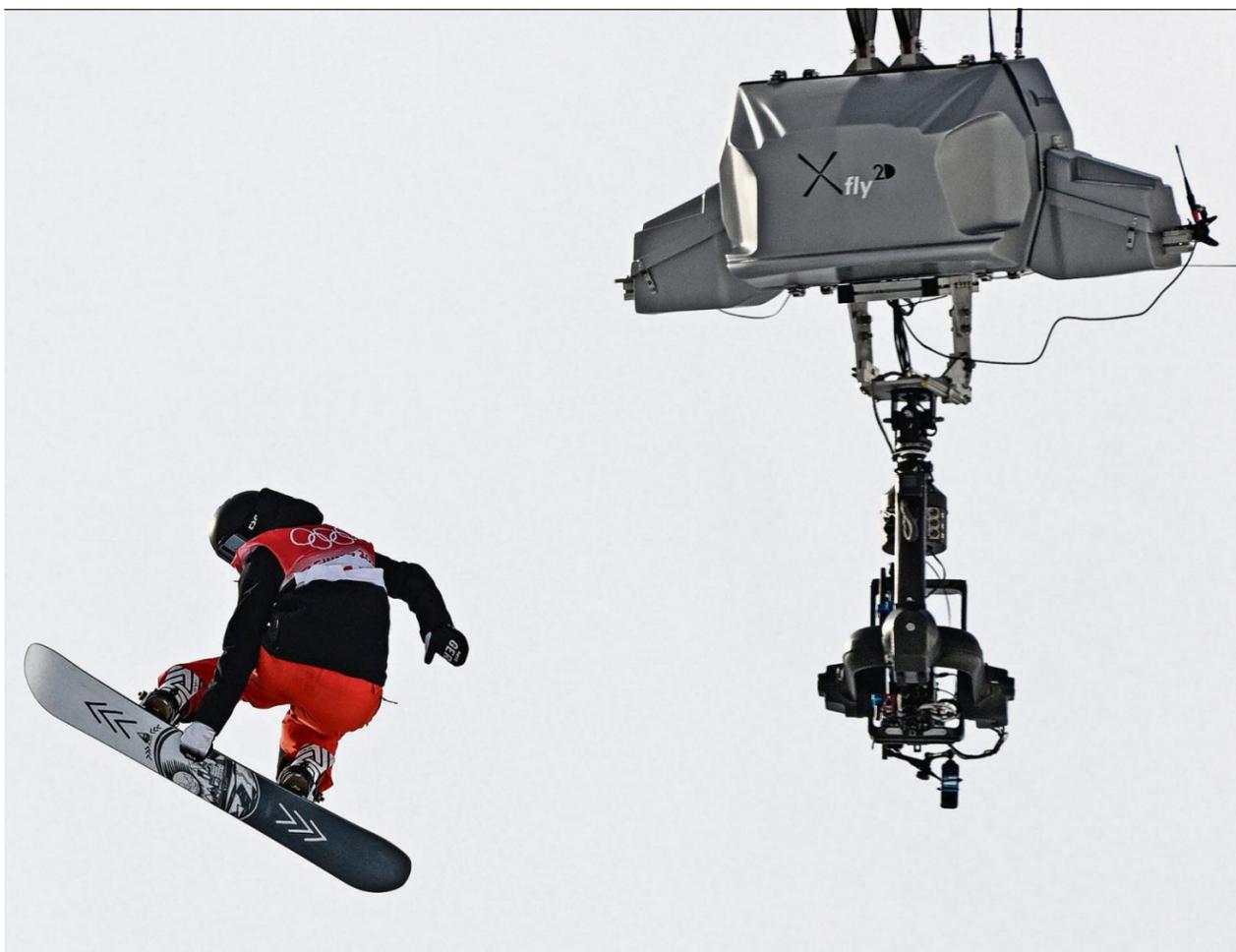
Das führt wohl zu einer Abwärtsspirale, denn mit einer schnellen Wende zum Besseren rechnet nicht einmal mehr der ewige Optimist und Konzernchef Thomas Gottstein. Restrukturierungskosten, höhere Lohnzahlungen und steigende Zinsen dürften dieses Jahr dem Ergebnis zusetzen, warnt er gleich selbst. Geradezu absurd

wirkt vor diesem Hintergrund, dass die Credit Suisse ihren Aktionären eine Dividende auszahlen will.

Die Bank täte besser daran, das knappe Kapital für den Überlebenskampf zusammenzuhalten. Denn in dem Zustand, wie sich die CS heute präsentiert, ist sie eine Übernahmekandidatin. Bleibt abzuwarten, wer zuschlagen will.



Arthur Rutishauser



Halfpipe-Final der Frauen in Peking nachschauen? Replay-TV ist heutzutage aus dem Alltag nicht mehr wegzudenken. Foto: Angelika Warmuth

Die TV-Sender schaufeln sich ihr eigenes Grab

Beharren die Fernsehstationen weiterhin auf hohen Abgaben für Replay-TV, werden sie auf Dauer noch mehr Zuschauer verlieren.

Jon Mettler

Bei den Zuschauerinnen und Zuschauern ist Replay-TV sehr beliebt. Allerdings ist diese Funktion den Fernsehsendern schon länger ein Dorn im Auge. SRF, 3+ und Co. befürchten rückläufige Werbeeinnahmen, weil mit dem zeitversetzten Fernsehen die lästige Reklame einfach überspült werden kann.

Mit den Anbietern von digitalem TV wie Swisscom, Sunrise und UPC sowie Salt haben sich die Fernsehstationen deshalb auf Abgaben geeinigt, um für entgangene Werbegelder entschädigt zu werden. Für das laufende Jahr haben die Sender eine Erhöhung dieser Gebüh-

ren durchgesetzt. Doch das ist eine kurzsichtige Politik.

Denn erste Netzbetreiber sehen sich gezwungen, die Kosten auf ihre Kundschaft abzuwälzen. So verrechnet der Winterthurer Internetanbieter Init7 Replay-TV neuerdings mit 11 Franken im Monat separat. Andere Betreiber werden nachziehen.

Die Folgen sind absehbar. Die wenigsten Konsumenten sind bereit, einen Aufpreis für Replay-TV zu bezahlen. Und auch die Möglichkeit, die Funktion im Austausch gegen Zwangswerbung weiterhin kostenlos nutzen zu können, ist unattraktiv. Gerade das junge und werberelevante Publikum

wird sich noch stärker anderen Angeboten wie Netflix oder Disney+ zuwenden, die keine Extrakosten verursachen und gleichzeitig reklamefrei sind.

Es ist auffallend, wie wenig von der Politik zum Thema zu hören ist.

Auf mittlere und lange Sicht werden die Sender mit ihrer traditionellen Denkweise Zuschauer verlieren. Ohne uneingeschränktes Replay-TV haben diese immer weniger gute Gründe, im digitalen Zeitalter die linearen Fernsehprogramme zu nutzen.

Den Aufpreis zu verweigern, ist denn auch eine der wenigen Möglichkeiten, wie die Konsumenten ihren Unmut deutlich zeigen können. Da wäre ein wenig Unterstützung von einflussreicher Stelle doch wünschenswert. Es ist schon auffallend, wie wenig von Konsumentenschützern und Parlamentarierinnen zum Thema zu hören ist.

Nachgelagerte Gebühren sind keine gute Idee

Soll man für seine Ausbildung nachzahlen müssen, wenn man keinen Erfolg hat?

Fabian Renz

Ist Studieren zu günstig in der Schweiz? Die Debatte flammt regelmässig auf – und wird jetzt neu befeuert durch eine «revolutionäre Idee», wie es die NZZ nennt. Die Zeitung machte einen Vorschlag der Bildungsökonom Stefan C. Wolter und Conny Wunsch für «nachgelagerte Studiengebühren» publik: Wer trotz tertiärer Ausbildung ein tiefes Einkommen erzielt, soll im Nachhinein für die effektiven Kosten seines Studiums aufkommen müssen.

Ein Unistudium werde querfinanziert durch Menschen, die bloss eine Lehre machten, argumentieren Wolter und Wunsch. Diese «Umverteilung» lasse sich nur rechtfertigen, wenn Akademiker später Steuern auf ihre hohen Einkommen zahlten. Viele tertiär Gebildete würden heute aber zu wenig arbeiten – womit sie den «Gesellschaftsvertrag» brächen. Den Betroffenen seien daher die Studienkosten in Rechnung zu stellen. Wenn mehr Vollzeit gearbeitet werde, gelange zudem die Wirtschaft an die benötigten Fachkräfte, so lautet ein weiteres Argument.

Erste Politiker springen auf die Idee bereits an. Der Luzerner Gewerbeverbanddirektor Gaudenz Zemp hat sie via Vorstoss im Kantonsrat bei der Regierung eingespeist. Wie stark sich Hochschulabsolventen an ihren Ausbildungskosten beteiligen sollen, diese Diskussion ist legitim. Und Überlegungen, wie der Fachkräftemangel bekämpft werden kann, sind ohnehin zu begrüssen. Doch ob Strafzahlungen für Erfolglose wirklich das Mittel der Wahl sind, darf aus verschiedenen Gründen bezweifelt werden.

Da wären einmal die Effekte. Nachgelagerte Studiengebühren schaffen, wie Wolter und Wunsch selber schreiben, einen Anreiz zur Wahl eines «günstigen» Studiums. Nun kostet ein

geisteswissenschaftlicher Studienplatz deutlich weniger als ein naturwissenschaftlicher. Der Wirtschaft jedoch ist nicht gedient, wenn man Disziplinen wie Maschinenbau und Biochemie zugunsten von Soziologie und Germanistik schwächt.

Merkwürdig quer im gesellschaftspolitischen Gefüge steht zudem die Verteufelung der Teilzeitarbeit. Wie sich Karriere und Familie gerade bei Gutausbildeten vereinbaren lassen, gehört zu den grossen Fragen unserer Zeit. Ein Vorschlag zur Verdrängung der Teilzeitarbeitenden wirkt demgegenüber buchstäblich aus der Zeit gefallen.

Die Verteufelung der Teilzeitarbeit steht merkwürdig quer im sozialen Gefüge.

Vor allem jedoch wurzelt die «revolutionäre Idee», wie so viele Revolutionen, in einem problematischen Menschenbild. Der erfolgreiche Grossverdiener und Steuerzahler erscheint darin als Wohltäter an der Gesellschaft. Zur Gebührenkasse werden daher nur jene gebeten, die es weniger weit gebracht haben. Entlarvend ist es, wenn Wolter und Wunsch mit ihrem Rückzahlungsmodell einen «Anreiz» setzen wollen, «nicht allzu lange in Praktika und schlecht bezahlten Einstiegsstellen zu verharren». In der Tat steckt ein grosser Teil des akademischen Nachwuchses in prekären Anstellungsverhältnissen fest. Doch ist es Polemik, die Schuld hierfür den Betroffenen zuzuschreiben.

Ja, wir haben Probleme im Bildungsbereich. Doch wir lösen sie nicht, indem wir den Involvierten Faulheit und Versagen unterstellen.